

Zeitschrift: Der Freidenker [1927-1952]
Herausgeber: Freigeistige Vereinigung der Schweiz
Band: 18 (1935)
Heft: 7

Artikel: [s.n.]
Autor: Masaryk
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-408569>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FREIDENKER

ORGAN DER FREIGEISTIGEN VEREINIGUNG DER SCHWEIZ

Erscheint regelmässig am 1. und 15. jeden Monats

Sekretariat der F. V. S.
Bern, Gutenbergstr. 13
 Telephonanruf 28.663
 Telegrammadresse:
Freidenker Bern

Mein Sozialismus ist einfach Liebe zum Nächsten,
 Humanität. Masaryk.

Abonnementspreis jährl. Fr. 6.—
 (Mitglieder Fr. 5.—)
 Sämtliche Mutationen bezügl. des Abonne-
 ments, Bestellungen etc. sind zu richten
 Transifach 541, Bern

Zwischen gestern u. morgen

Von *R. Staiger*, Bern.

Noch sind keine 2 Jahre verflossen, seit die «Katholische Jungmannschaft» versuchte, eine «Volksinitiative gegen die Gottlosenpropaganda» zu lancieren und Nationalrat Dr. Müller im Parlament seine «Motion gegen die Gottlosenpropaganda» vorbrachte. Bekanntlich wurde aus der mit allen dem politischen Katholizismus zur Verfügung stehenden Propagandamitteln verkündeten Volksinitiative eine Todgeburt, und die Motion Müller, die Bundesrat Häberlin nur als Postulat annahm, hat dank der senkrechten und charaktervollen Stellungnahme des damaligen Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements dasselbe Schicksal erlitten. Auch als die Geschäftsberichts-Prüfungskommission sich mit der Erledigung des Postulats Müller durch den Bundesrat nicht einverstanden erklärte, wurde an dieser Tatsache nichts geändert.

Seit diesem Gestern hat sich die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage unseres Landes stark geändert. Im politischen Kräfteverhältnis sind Verschiebungen eingetreten, die vor allem als Reaktion auf die im Leerlauf endende rückschrittliche hurrapatriotische Bewegung zu werten sind. Dieser «Viel Lärm um nichts», der von den frontistisch-reaktionsären Kreisen aufgeführt wurde, dieser übertriebene Nationalismus, der sein Rezept aus den politischen Küchen von Berlin und Rom bezog, hat ein erfreuliches Aufwachen wahrer Heimat- und Vaterlandsliebe bewirkt, die in jedem Volksgenossen einen Bruder und in jedem Menschen auch ausserhalb der bei uns so nahen Grenzpfähle einen Mitmenschen sieht.

Die Ereignisse in den uns umgebenden Diktaturstaaten haben selbst einen grossen Teil derjenigen, die für unsere Demokratie nichts oder wenig mehr übrig hatten, die Augen weit geöffnet für die immerbleibenden Werte, die die Demokratie der diktatorischen Gewaltregierung voraus hat in einem Staat, wo die Menschen einigermassen reif sind, um durch selbständiges Denken in das Räderwerk einzutreten, das die Geschicke des Landes ausmacht.

Die Freigeistige Vereinigung hat sich von jeher in ihrer Tätigkeit streng auf den Boden der Demokratie gestellt, sowohl im Innern wie gegen aussen. Wir haben dieser konzessionslosen Stellungnahme grosse Opfer gebracht, um der Reinheit unserer Bewegung willen. Heute dürfen wir mit Genugtuung feststellen, dass diese Opfer von gestern sich gelohnt haben. Nicht dass die Mitgliederzahl unserer Vereinigung sprunghaft gewachsen wäre — das ist nicht möglich bei einer Bewegung, die anstelle dogmenhafter Schlagwörter selbständiges Denken verlangt — aber die Richtung, die wir von jeher im öffentlichen Leben einschlugen, ist in vielen Teilen die Richtung Tauseender und Abertausender geworden. Wir

haben im offenen Kampfe um die Ziele unserer Bewegung, so wie sie in unsern Statuten festgelegt sind, Bundesgenossen erhalten. Grosses, neue Bewegungen sind aufgetaucht, die sich in vielen Fällen unsere Ziele zu den ihren gemacht haben. Die wirtschaftliche Not, die Sorge um ein menschenwürdiges Dasein aller Mitmenschen, die Nutzlosigkeit der oft unmenschlichen Gewaltmassnahmen der faschistischen, nationalsozialistischen und klerikalen Regierungen unserer Nachbarstaaten haben mitgeholfen, im Volke jenen Geist neu zu beleben, der das eigentliche Wesen der Demokratie ausmacht. Durch die durchsichtigen Pläne derjenigen, denen unsere Bundesverfassung zu fortgeschritten ist, haben Tausende gelernt, unsere freiheitlichen Rechte neu zu schätzen. Die Gefahr der Verproletarisierung weitester Bevölkerungsschichten, die bisher stolz darauf waren, zum Mittelstand zu gehören, hat wesentlich dazu beigetragen, dass unter der gemeinsamen Fahne der Demokratie sich Menschenmassen zusammenfanden, die sich gestern noch entweder feindlich gegenüberstanden, oder doch gleichgültig nebeneinander herlebten. Der «bürgerlich» Gesinnte, der das Gespenst Not oder Arbeitslosigkeit vor sich auftauchte, hat Verständnis bekommen für den Kampf des «proletarischen» Arbeiters um eine wirtschaftliche und damit kulturelle Besserstellung, und der Arbeiter hat beim Angestellten, beim Gewerblieb, ja sogar beim mittellosen Akademiker, unerwartet Leidensgenossen gefunden. Diese «verwandten Seelen» haben sich zusammengefunden, um gemeinsam unter der Fahne der Demokratie mit legalen Mitteln soviel als möglich von dem wegzuräumen, was den so viel geschmähten «marxistischen Klassenkampf» ausmachte — die Klassengegensätze. Noch hat die oberste Landesregierung diesen Grundsatz nicht zum eigenen gemacht, aber wenn der Wille, unsere *liberale Demokratie*, die wirtschaftlich und daher auch menschlich und kulturell eine ungerechte Verteilung von Rechten und Pflichten gebracht hat, zur *sozialen Demokratie* umzuformen sich immer deutlicher und dringender zeigt und immer grössere Massen *denkender* Menschen um sich sammelt, dann wird auch die oberste Landesbehörde sich diesem Willen beugen müssen. Wie die ungerechten Klassengegensätze verschwinden sollen, illustriert uns Urs Dietschi (Schweizerische Rundschau, Sonderheft vom 15. Mai 1934):

«Wenn die schweizerische Arbeiterschaft ihre Minderwertigkeitsgefühle verlieren und als gleichberechtigter und gleichbeachteter Stand den übrigen Ständen sich verbünden soll, dann müssen die Richtlinien der Arbeiterbefreiung und des Arbeiterschutzes in der Verfassung auf jeden Fall sichtbaren und verpflichtenden Ausdruck finden: Gerechte Behandlung, grundsätzliches Recht nicht nur auf Arbeit, sondern auch auf *Mitarbeit* am Unternehmen, Anspruch auf nach den gegebenen Umständen angemessenen Lohn.»